

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **25.06.2020** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/A-JuF/022

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:52 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

Mitglied/Mitglieder

Hinz, Arne
Meinig, Birgit
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger - bis TOP 4 -

Grundmandatar/e

Braun, Jens

stellv. Mitglied/Mitglieder

Kaever, Volkhard, Dr. - für TOP 2 -
Zschoch, Mirco Vertretung für Frau Gurbet Birgin

Stimmberechtigtes Mitglied

Härtel, Andreas
Lehrke-Ringelmann, Ev. Kirche
Doris
Scher, Olaf
von Oettingen, Gero

Beratende/s Mitglied/er

Bruns, Andrea Vertreterin Kinderschutzbund
Gebbe, Norbert, Dr.
Gohla, Horst
Kugel, Michael
Niemann, Jens
Ruhkopf, Susanne
Vasterling, Benjamin
Winnen, Valentin

Gast/Gäste

Bergmann, Claudia Leiterin Kirchenkreisamt Burgwedel
Freimann, Daniel Stellv. Stadtkitabeiratsvorsitzender

Verwaltung

Mikoleit, Heidi

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
Familienangelegenheiten
2. Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: BV 2020 1276
3. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1203/1
4. Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1301
5. Kostenprognose für die Ausweitung des Personalschlüssels in Kindergartengruppen unter Auflösung des Vertretungspools
Vorlage: F 2020 1300
Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten
Jugendhilfeangelegenheiten
6. Zuschüsse für Jugendgruppen
Vorlage: BV 2020 1302
7. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 11.05.2020
8. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 8.1. Betriebsabrechnung ‚Kindertagesstätten 2018‘
Vorlage: M 2020 1292
- 8.2. Vorstellung Familienservicebüro
Vorlage: M 2020 1281
- 8.3. Basketballanlage und Pavillon Geschwister-Scholl-Weg - Anpassung nach Ortstermin
Vorlage: M 2020 1252/1
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- 9.1. Anfrage zum Übergang der Kindertagespflege in den Regelbetrieb
Vorlage: F 2020 1294
- 9.2. Anfrage zum Haushaltssicherungskonzept - Schließzeit
Vorlage: F 2020 1296
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltung und Frau Bergmann, Leiterin des Kirchenkreisamtes Burgwedel, sowie Herrn Freimann als stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtkindertagesstättenbeirates.

Entschuldigt hat sich Frau Pape. Frau Birgin wird von Herrn Zschoch vertreten.

Als neues beratendes Mitglied wird Herr Winnen begrüßt, der für Frau Gödeke im Ausschuss nachrückt.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Familienangelegenheiten

2. Kindertagesstätte Fröbelweg Vorlage: BV 2020 1276

Frau Meinig und Herr Winnen begeben sich zu diesem TOP in den Zuschauer-

bereich. Herr Dr. Kaefer nimmt für Frau Meinig die Stellvertretung zu diesem TOP wahr.

Frau Bergmann erläutert die notwendigen Umbau-, Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten an der Kita anhand der als Anlage beigefügten Präsentation.

Herr Nijenhof erkundigt sich nach der Reihenfolge der auszuführenden Arbeiten.

Frau Bergmann teilt mit, dass zunächst die Abstimmung bei der Kirche und in den kommunalen Gremien erfolgen werde. Vor den Umbauarbeiten in der Einrichtung erfolge zuerst der Anbau.

Herr J. Braun fragt, ob die Kosten für den Mietvertrag die Warm- oder Kaltmiete beinhalten.

Frau Bergmann legt dar, dass die Kosten für Versicherungen wie Gebäudeversicherung etc. im Betriebsführungsvertrag geregelt und inbegriffen seien. Die verbrauchsabhängigen Kosten würden also zusätzlich anfallen.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Das Projekt „Kindertagesstätte Fröbelweg“ wird unter Berücksichtigung der in der Begründung zu dieser Vorlage genannten Rahmenbedingungen vorangetrieben.

Der Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, notwendige vertragliche Vereinbarungen mit der St. Pankratius Kirchengemeinde Burgdorf und ggf. dem Kirchenkreis Burgdorf als Träger der Einrichtung auszuhandeln und abzuschließen.

**3. Änderung der Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf zur Einführung einer Sommerschließzeit in den Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2020 1203/1**

Frau Gersemann weist darauf hin, dass der TOP bereits in der letzten Sitzung von diesem Ausschuss behandelt worden sei. Eine Abstimmung habe nun nicht mehr zu erfolgen. Die Entscheidung werde im Rat nach Vorbereitung im VA getroffen.

Sie berichtet, in den letzten Wochen mehrere Kitas besucht zu haben, um die Wünsche, Sorgen und Nöte der Mitarbeitenden in Erfahrung zu bringen. Auch Herr Pollehn plane Ähnliches, was sehr lobenswert sei.

Die aktuelle Situation stelle sowohl Eltern als auch Kinder und Mitarbeiter*innen vor große Herausforderungen. Die Öffnung der Kitas für alle Kinder sähen viele Fachkräfte sehr kritisch. Unsensibel sei auch die kurzfristige Umsetzung der vom Land neu beschlossenen Maßnahmen. Dies stelle eine Zumutung für die Einrichtungen dar und sei hochgradig belastend. Den Mitarbeitenden täte die Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit gut. Es sei keinesfalls hinnehmbar, diese Arbeit durch Nicht-Fachkräfte

wahrnehmen zu lassen. Es handele sich bei den Kitas um Bildungseinrichtungen. Die sozialen Berufe erführen damit eine Geringschätzung.

Die Verwaltung bemühe sich sehr, eine zeitnahe Verteilung der notwendigen Schutzmittel vorzunehmen.

Es sei dringlicher Wunsch der Fachkräfte, dass diese regelmäßig freiwillige Testungen sowie Antikörper-Tests vornehmen könnten. Dazu bitte **Frau Gersemann** die Verwaltung, mit dem Gesundheitsamt Kontakt aufzunehmen.

Weiterhin sei es ein großer Wunsch der Fachkräfte, dass infizierte Familien Unterstützung erhielten. Ein Austausch sei an dieser Stelle sehr lohnenswert.

Ihr Fazit sei, dass die Mitarbeiter*innen mehr gehört werden und nicht allein gelassen werden möchten. Die verantwortungsvolle Aufgabe erfordere eine Wertschätzung sozialer Berufe. Erst dann sei eine Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen geschaffen.

Herr Peest erläutert die modifizierte Vorlage.

Herr Freimann legt dar, dass die Elternschaft sowie der Großteil der pädagogischen Fachkräfte (vor allem jüngere Mitarbeiter*innen) gegen eine Sommerschließzeit sei. Viele Fachkräfte hätten bewusst ihren Arbeitsplatz in Burgdorf gewählt, gerade weil es hier keine Schließzeiten gäbe. Die Umfrage sei wegen der Corona-Krise ausgesetzt worden, da sie nicht repräsentativ gewesen wäre. Die Verwaltung hätte keinerlei Alternativen berücksichtigt. Man könne beispielsweise die Eltern auch verpflichten, am Anfang eines Jahres angekündigte Urlaubszeiten festzulegen.

Frau Gersemann fügt ein, dass ein mindestens 14tägiger Urlaub für Kinder eine echte Erholung darstelle und somit zwingend erforderlich sei.

Frau Meinig erläutert, dass Kitas Bildungseinrichtungen seien, die Erziehungsarbeit leisteten. Dazu nutze man die Bezugspädagogik, für die eine verlässliche Kontinuität an wichtigster Stelle stehe. Eine Schließzeit begünstige die Arbeit sehr, da die Zeiten der Vertretung verkürzt würden. Die jeweiligen Teams benötigten Kontinuität in ihrer Arbeit. Dies steigere auch die Attraktivität für Springerstellen, da diese in festen Teams eingesetzt seien. Die Bildungsarbeit in der Schule sei ebenso gegliedert und habe feste und ausreichend lange Schließzeiten. Beginn und Ende eines Kitajahres könne mit einer entsprechenden Schließzeit viel bewusster gestaltet werden. Mit neuer Kraft und veränderter Gruppenstruktur starte man gemeinsam in ein neues Kitajahr.

Sie halte die Sommerkita für ein hervorragendes Angebot der Stadt. In den Nachbarkommunen gäbe es mehrheitlich eine dreiwöchige Sommerschließzeit und nur vereinzelte Notbetreuungsgruppen. Die meisten hätten diese mangels Bedarf nicht mehr im Angebot. Viele Familien meldeten einen Bedarf an und ließen ihre Kinder dennoch daheim. Daher sei eine frühzeitige und verbindliche Anmeldung vonnöten.

Ihre Fraktion habe sehr wohl wahrgenommen, dass es auch unter den Mitarbeiter*innen Vorbehalte gegen die Sommerschließzeit gebe. Durch die Sommerkita sei jedoch auch für diese Fachkräfte eine individuelle Lösung möglich. Aus pädagogischen Gründen sei ihre Fraktion nach Abwiegen

sämtlicher Argumente für eine Schließzeit unter folgenden Bedingungen:

1. Es müsse eine frühzeitige Terminbekanntgabe der bevorstehenden Schließzeit von ca. 1,5 Jahren gewährleistet sein. Da diese bis zum Sommer 2021 nicht mehr gegeben sei, könne der Start der Schließzeit erst in 2022 erfolgen (Vorschlag).
2. Es müsse eine vorherige Abstimmung der Schließzeit mit den freien Trägern erfolgen.
3. Nach 3 Jahren/Durchgängen sollte eine Evaluation erfolgen.

Herr Zschoch erläutert, in seiner Fraktion habe man sich nach dem Abwägen der Vor- und Nachteile gegen eine Sommerschließzeit ausgesprochen. Dies sei aus 3 wesentlichen Gründen erfolgt:

1. Der ursprüngliche Gedanke der Haushaltseinsparungen sei inzwischen so überschaubar, dass dieser nicht mehr Grundlage für eine derartige Maßnahme sein könne.
2. Die klare Stimmungslage der Elternschaft sowie der Mitarbeiter*innen spreche gegen die Sommerschließzeit.
3. Die Organisation der Schließzeit erfordere einen hohen bürokratischen Aufwand, wofür sicherlich weiteres Personal zur Verfügung gestellt werden müsse.

Herr von Oettingen bekräftigt, dass coronabedingt inzwischen ein anderes Stimmungsbild zu verzeichnen sei. Er halte die Sommerschließzeit für eine gute Sache und befürworte als Kompromiss, nach 3 Jahren zu schauen, ob sich die Schließzeit etabliert habe.

Herr Nijenhof führt aus, dass die gesetzliche Verankerung von Drittkräften in Kitagruppen in den nächsten Jahren zu erwarten sei. Die Mitteleinsparung könne nicht Ziel der Schließzeit sein. Seine Fraktion sei gegen eine solche, da sie per „Zwang“ erfolgen würde. Er gehe davon aus, dass Eltern allein mit der Einrichtung klären könnten, wie die Urlaubsplanung zu handhaben sei. Viele Eltern wüssten schlicht nicht, dass die Verwaltung einen 14tägigen Urlaub für die Kinder und die Mitarbeiterplanung wünsche. Auch im Tarifrecht sei ein 14tägiger Urlaub keine Soll-Vorschrift.

Eine Sommerkita sei sinnvoll, würde aber sicherlich wieder genau die Eltern ansprechen, die eben keinen Urlaub für ihr Kind in Anspruch nähmen. In der Beschlussvorlage fehle der Hinweis auf die Abstimmung mit den freien Trägern.

Frau Mikoleit erläutert, bereits 2,5 Jahre an dem Thema Sommerschließzeit zu arbeiten. Eine Abfrage bei den 9 anderen Trägern habe ergeben, dass diese allesamt 2-3 Wochen Sommerschließzeit hätten. Die unterjährigen Urlaubsansprüche der Fachkräfte zu bedienen, sei sonst kaum leistbar. Eine verbindliche Sommerschließzeit habe zur Folge, dass die Fachkräfte ausgeruht in die Einrichtung zurückkehrten. Die Sommerkita auf die Beine zu stellen, bedeute zwar einen hohen Aufwand, sei aber von der Elternschaft gefordert worden. Andere Einrichtungen böten diese nicht einmal an. Im Übrigen habe der Stadtkitabeirat die Umfrage lediglich auf 18 Fachkräfte gestützt und nicht sämtliche rund 130 Mitarbeiter*innen abgefragt.

Herr J. Braun weist auf die Familienpolitik hin. Eine rechtzeitige Planung des Urlaubs müssten Eltern bereits bei ihrem Arbeitgeber einreichen. Die Forderungen der Eltern nach längeren Betreuungszeiten bis in den Abend oder gar die ganze Nacht hindurch seien überzogen. Kindererziehung müs-

se immer noch bei den Familien liegen und nicht auf Bildungseinrichtungen übertragen werden. Die Eltern sollten um ihre Verantwortung wissen. Eine 14tägige Pause sei für alle Beteiligten notwendig.

Frau Ruhkopf gibt an, selbst in einer Einrichtung mit Schließzeit zu arbeiten. Kinder liebten Rituale und sie erlebe immer wieder, dass eine große Pause die Chance auf einen neuen Start biete und eine große Qualität der Einrichtung darstelle. Vielleicht müssten sich die Eltern auch erst an die Schließzeit gewöhnen, um ihr Gutes abzugewinnen.

Herr Kugel stellt abschließend fest, dass ein zusätzlicher Text im Beschlussvorschlag entbehrlich sei. Die Abstimmung mit den freien Trägern sei erfolgt und Grundvoraussetzung der weiteren jährlichen Planung. Eine Evaluation sei auch schon nach einem Jahr möglich. Es stelle sich die Frage, ob ein einwöchiger Urlaub eine große Entspannung bringe. Zusätzliches Personal für den bürokratischen Aufwand der Sommerschließzeit werde nicht benötigt.

Frau Gersemann bedankt sich für die rege Diskussion. Nun sei die Entscheidung abzuwarten.

4. **Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf** **Vorlage: BV 2020 1301**

Herr Peest erläutert die Vorlage.

Herr Nijenhof moniert, dass die AWO als freier Träger ihm als betroffenen Vater bereits ein Schreiben mit anderen Zahlen (2,00 € pro Stunde) geschickt habe. Eine Staffelung nach Einkommen sei nicht vorgesehen.

Herr Peest gibt an, dass eine konkrete Berechnung bislang noch nicht an die Elternschaft weitergegeben worden sei. Man habe einen Mittelwert errechnet und eine Deckelung per Satzung vorgenommen, so dass kein Elternteil mehr als vorher zu zahlen habe. Mit den freien Trägern sei besprochen worden, dass die Satzung zunächst in den politischen Beschluss gehe und die Stadt bei Gebührenauffällen aufkomme, wenn die Satzung dort ebenfalls übernommen werde. Er werde das Gespräch mit der AWO suchen, um die Modalitäten nochmals abzuklären.

Herr Nijenhof teilt mit, dass die Formulierung „tendenziell 2,50 €“ für die Eltern ungünstig gewählt sei, da viele von dieser Summe ausgingen. Eine Deckelung halte er für sinnvoll, um die Eltern nicht zu benachteiligen.

Herr Peest führt aus, dass in § 1 Absatz 1 der Satzung zur Klarstellung der Begrifflichkeit „Notbetreuung“ ein Zusatz eingefügt wurde. Die überarbeitete Satzung stünde nun zur Entscheidung.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung unter Berücksichtigung der aktualisierten Satzung. **Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die Satzung für die Nutzung von Notbetreuungsangeboten im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes innerhalb der Stadt Burgdorf in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2020 1301 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.

**5. Kostenprognose für die Ausweitung des Personalschlüssels in Kindergartengruppen unter Auflösung des Vertretungspools
Vorlage: F 2020 1300**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

Jugendhilfeangelegenheiten

**6. Zuschüsse für Jugendgruppen
Vorlage: BV 2020 1302**

Herr Gohla erläutert die Vorlage.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender

Beschluss:

Den nachfolgend aufgelisteten Gruppen wird der jeweilige Zuschuss gewährt.

Jugendgruppe	Maßnahme	Kosten der Maßnahme	Zuschuss
Pfadfinder Burgdorf	Vereinsheimunterhaltung	1.800,00 €	500,00 €
Pfadfinder Burgdorf	Feuerschale	174,90 €	90,00 €
TSV Turnen Jugend	Trinkkanister und Kabeltrommeln	174,34 €	90,00 €
TSV Handball Jugend	Airbodys Trainingsdummy	408,70 €	200,00 €
DLRG	Instandsetzung Mannschaftszelt,	2.100,00 €	950,00 €

	Rettungsbrett	€	€	
Wikinger	Vereinsheimunterhaltung + Aus- bildungskosten	3.420,00 €	500,00 €	ErgHH
Frauen- und Mütterzent- rum	Mietzuschuss Mädchengruppe	1.200,00 €	450,00 €	ErgHH
SSV Schillers- lage	Trainings- und Ausbildungsboot	8.350,00 €	950,00 €	FinzHH

7. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 11.05.2020**

Bei 1 Enthaltung wird das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 11.05.2020 **einstimmig** genehmigt.

8. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) Herr Dr. Gebbe erläutert, dass die Kirchengemeinde St. Nikolaus eine Erweiterung des dreizügigen Kindergartenneubaus auf eine vier- bzw. fünfzügige Auslegung plane. Durch die Neuordnung der katholischen Kirchengemeinden als Verbünde in der Region Hannover würden künftig auch die Städte Lehrte und Sehnde sowie die Ortsteile Roderbruch und Misburg zu einem Pfarrverbund gehören. Damit werde es zunächst ab 31.08.2020 keinen Präsenzpfarrrer mehr in Burgdorf geben. Der Sitz des Pfarreiteams sei Roderbruch. Die Kirchengemeinde St. Nikolaus bleibe weiterhin der Ansprechpartner für die Stadt. Der leitende Pfarrer, Franz Kurth, werde ab 01.09.2020 Vorsitzender des Kirchenvorstandes St. Nikolaus Burgdorf mit Sitz in Roderbruch sein. Das Burgdorfer Pfarrhaus sei entbehrlich und stünde damit einer Erweiterung voraussichtlich zur Verfügung. Die planerische Prüfung der Erweiterung werde von der Kirchengemeinde vorgenommen. Die Stadt bitte er, die Kitabedarfsplanung fortzuschreiben, um eine Erweiterung bei Vorliegen der Voraussetzungen zu ermöglichen.

b) Herr Gohla teilt mit, dass der Ferienkompass mit viel Mühe erstellt worden sei. Die Berücksichtigung der Corona-Regeln und sämtliche damit zusammenhängenden Maßnahmen habe zu etlichen Verschiebungen, Neuregelungen etc. geführt.

c) Die Dachsanierung des JohnnyB. sei in vollem Gange. Dennoch könnten Gruppenangebote, Zirkusprojekte und weitere Offene Tür-Angebote fortgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit der Gebäudewirtschaft der Stadt laufe gut.

d) Die veränderten Eingangsbereiche der einzelnen Jugendhilfeeinrichtungen werden visuell dargestellt und erläutert. Durchgängig sei in allen Einrichtungen ein großer Andrang der Kinder und Jugendlichen zu verzeichnen. Oftmals müsse aufgrund der begrenzten Anzahl ein Teil der Kinder und Jugendlichen zu einer anderen Uhrzeit einbestellt werden. Dies laufe völlig unproblematisch und mit viel Verständnis.

**8.1. Betriebsabrechnung ‚Kindertagesstätten 2018‘
Vorlage: M 2020 1292**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**8.2. Vorstellung Familienservicebüro
Vorlage: M 2020 1281**

Herr Niemann erläutert die Vorlage.

Coronabedingt sei der Frontoffice-Bereich noch nicht durchgängig besetzt. Leider habe Frau Wille gekündigt; die Stelle werde zeitnah ausgeschrieben. Frau Goldmann werde sich in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss vorstellen.

**8.3. Basketballanlage und Pavillon Geschwister-Scholl-Weg - Anpassung nach Ortstermin
Vorlage: M 2020 1252/1**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Herr von Oettingen bittet darum, die Sitzgelegenheiten für den Pavillon nicht zu klein zu bemessen. Er habe beobachten können, dass die Anlage regelmäßig sehr gut besucht sei.

9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

**9.1. Anfrage zum Übergang der Kindertagespflege in den Regelbetrieb
Vorlage: F 2020 1294**

./.

**9.2. Anfrage zum Haushaltssicherungskonzept - Schließzeit
Vorlage: F 2020 1296**

./.

10. **Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

./.

Einwohnerfragestunde

a) Ein Einwohner möchte wissen, ob die Auflagen bei den Tagespflegepersonen (TPP) bald zurückgenommen würden. Die Kitas seien ebenfalls zum Regelbetrieb zurückgekehrt.

Herr Peest teilt mit, dass es für die TPP keine Auflagen gegeben habe. Vielmehr habe die Stadt diesen verschiedene Möglichkeiten zum Umgang mit der Situation in Zeiten von Corona an die Hand gegeben. Eine Änderung der Pflegeerlaubnis sei nicht vorgesehen. Derzeit sei die Betreuung der eigenen Kinder im Rahmen der Tagespflege wieder einfacher möglich.

Der Einwohner widerspricht dieser Aussage. Es gelte weiterhin die Auflage, dass eigene Kinder der TPP bestimmte Orte der Wohnung wie Küche oder Badezimmer nicht betreten dürften, wenn Tagespflegekinder vor Ort seien. Wenn die eigenen Kinder von der Schule oder aus der Kita zurückkämen, seien aber oftmals die Tagespflegekinder noch vor Ort, so dass es hier zu Konflikten komme. Die TPP hätten Angst, ihre Pflegeerlaubnis zu verlieren. Es stünde nicht eindeutig in dem Schreiben von Herrn Peest, wie die o.g. Problematik zu behandeln sei.

Frau Gersemann bittet den Einwohner, das direkte Gespräch mit Herrn Peest zu suchen, um die Problematik zu besprechen.

b) Der Einwohner fragt nach, ob die Kitagruppen wieder die Gruppenstärke vor Corona erreichen würden.

Herr Peest gibt an, dass ab dem 22.06.2020 zumeist die vorherige Gruppenstärke wieder erreicht sei. Aufgrund der personellen Situation (Risikopatienten unter den Mitarbeiter*innen, keine Springer mehr im Personaleinsatz) könne es in einzelnen Kitas zu Einschränkungen kommen.

c) Der Einwohner kritisiert zudem, dass einige Eltern keinen Bescheid für einen beantragten Kitaplatz erhalten hätten.

Herr Peest erläutert, dass der Großteil der Bescheide für einen Kitaplatz ab 01.08.2020 sowie die Absagen bereits versandt worden sei. Bei den Schreiben für die Plätze bei freien Trägern müsse ggfs. nachgehakt werden. Er gehe davon aus, dass die restlichen Bescheide zeitnah Anfang Juli 2020 versandt würden.

d) Ein Vertreter des Kinderschutzbundes macht zum Thema Sommerschlusszeit darauf aufmerksam, dass die betroffenen Kinder nicht abgefragt worden seien. Auch diese seien im Kindergartenalter durchaus in der Lage,

ihre Meinung dazu zu äußern.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin